

Beschlussvorlage

Fachbereich IV

Aktenzeichen:

Vorlage Nr.: BV/0514/2014

Vorlage für die Sitzung		
Haupt- und Finanzausschuss	24.11.2014	öffentlich
Rat	15.12.2014	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA wegen Gefährdung wesentlicher Elemente kommunaler Selbstverwaltung;**
hier: Bürgerantrag und Anträge der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes u. a.

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
keine

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
keine

1. Beschlussvorschlag:

Resolution des Rates der Stadt Rheinbach vom 15. Dezember 2014

Der Rat der Stadt Rheinbach appelliert an:

- die Kommission der Europäischen Union
- das Parlament der Europäischen Union
- die Bundesregierung
- den Deutschen Bundestag
- die Landesregierung NRW,

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommens „Trade in Services Agreement“ (TISA), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Der Rat der Stadt Rheinbach stellt fest, dass die geplanten Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand auch die kommunale Daseinsvorsorge tangieren sollen.

Der Rat der Stadt Rheinbach fordert, dass:

1. die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind und
2. die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur auf keine Weise – auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten – eingeschränkt werden soll,
3. Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien im Vergleich zum nationalen oder EU-Recht nicht eingeengt werden dürfen,
4. es keine Beschränkungen der Förderung von Sport, Kunst, Kultur und sozialem Engagement durch den Kreistag geben darf,
5. sichergestellt sein muss, dass Rechtsakte des Kreises und seiner Kommunen nicht Gegenstand von Verfahren vor Schiedsgerichten werden können.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Ziel der z. Zt. in der Diskussion stehenden Handelsabkommen wie TTIP, CETA oder TiSA sind umfassende Vereinbarungen, die eine breite Palette von Handels- und Investitionsthemen regeln. Der Handel soll erleichtert werden. Hinsichtlich weiterer Einzelheiten wird auf beiliegende Anträge verwiesen.

Im Gespräch des Bürgermeisters mit den Fraktionsvorsitzenden am 10. November 2014 bestand Einvernehmen, sich im Rat dem Entwurf der gemeinsamen Resolution der Kreistags-Fraktionen der CDU, SPD und Grünen vom 30.10.2014, die vom Kreistag mit großer Mehrheit angenommen wurde, anzuschließen.

Insofern wird vorstehender Beschlussvorschlag unterbreitet.

Rheinbach, den 10. November 2014

gez.
Stefan Raetz
Bürgermeister

gez.
Peter Feuser
Fachgebietsleiter

Anlagen:

- Bürgerantrag vom 15.10.2014
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.11.2014
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2014
- Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes des Deutschen Städtetages u. a. von Oktober 2014